



Neues aus Düsseldorf

Ausgabe 06/2018

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in meinem aktuellen Newsletter möchte ich Ihnen und euch über die Debatten und Beschlüsse des letzten Plenums sowie über aktuelle Meldungen aus dem Kreis Coesfeld berichten.

Seit letzter Woche wissen wir es nun: Die schwarz-gelbe Landesregierung kündigt mit ihrem Antrag, die Hauptschulzweige an Realschulen zur Regel ([Drs. 17/2748](#)) zu machen, rein faktisch den seit 2011 ausgehandelten Schulkonsens auf. Mit dieser Entscheidung ignoriert die Mitte-Rechts-Koalition völlig den Willen der Eltern und der Schülerinnen und Schüler, die sich - anhand der Anmeldezahlen - gegen die Hauptschulen und für integrierte Systeme wie Gesamtschulen und Sekundarschulen entscheiden. Gleichzeitig werden mit dem Antrag die Realschulen zu Resteschulen degradiert. Unser Ziel muss es sein größere Flexibilität und mehr Durchlässigkeit zu gewährleisten und dies nicht um jeden Preis für den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems zu opfern.

In der Aktuellen Stunde anlässlich des Aachener Dieselurteils habe ich noch einmal deutlich gemacht, dass die SPD-Fraktion weder Fahrverbote möchte, noch sie forciert. Wir als SPD-Fraktion stehen aber dafür, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen einen Anspruch auf Luftreinhaltung haben, denn Luftreinhaltung ist Gesundheitsschutz und somit ein entscheidender Faktor für die Lebensqualität. Ein konkretes Konzept zur Luftreinhaltung ist uns die Landesregierung immer noch schuldig geblieben. Und nun drohen in der Heimatstadt des Ministerpräsidenten ab dem 01.01.2019 - als erster Stadt in NRW - Fahrverbote, sofern nicht endlich Maßnahmen ergriffen werden, mit denen die Grenzwerte eingehalten werden. Die Politik des Nichtstuns der Landesregierung ist völlig verantwortungslos.

Besonders gefreut hat es mich, dass mich am letzten Mittwoch zwei neunte Klassen der Hermann-Leeser-Realschule aus Dülmen im Landtag besucht haben. Mit der Schule fühle ich mich sehr verbunden, denn dort bin ich auch zur Schule gegangen. Die Schülerinnen und Schüler hatten viele Fragen vorbereitet. Diskutiert haben wir unter anderem über die Schullandschaft in Dülmen und die Qualität ihrer eigenen Ausbildung in der Schule. Es ist wichtig, dass wir hierzu eine offene Debatte führen, damit wir die Schulausbildung aller Kinder zukunftssicher gestalten.

Durch die Presse habe ich in der letzten Woche leider erfahren müssen, dass der Nestlé Konzern im Maggi-Werk Lüdinghausen anscheinend plant bis zu 100 Stellen zu streichen. Damit sollen knapp ein Viertel der Beschäftigten ihre Arbeit verlieren. Das macht mir große Sorgen und ich habe daher bereits den Kontakt zur Werksleitung, dem Betriebsrat und der Gewerkschaft hergestellt. In dieser Woche werde ich schon erste Gespräche führen und mich für den Erhalt der Arbeitsplätze mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzen. Meine Pressemitteilung hierzu, kann [hier](#) abgerufen werden.

Viel Spaß beim Lesen des Newsletters!

André Stinka MdL

NRW BRAUCHT MEHR MIETPREISGEBUNDENEN WOHNUNGSBAU UND NICHT WENIGER!

Die soziale Wohnraumförderung dient der Förderung von mietpreisgebundenem Wohnungsbau. Diese mietpreisgebundenen Wohnungen helfen denjenigen, die sich am Markt nur schwer mit bezahlbarem Wohnraum versorgen können. Aus diesem Grund hat die SPD-geführte Vorgängerregierung die soziale Wohnraumförderung in NRW bis 2017 attraktiver gemacht und die Förderergebnisse auf Rekordwerte gebracht.

Die Mitte-Rechts-Regierung bricht mit dieser Politik: CDU und FDP haben zwar mehr Wohnraum versprochen, kürzen aber die soziale Wohnraumförderung um mehr als 27 Prozent. Stattdessen möchte sie die Eigenheimförderung ausbauen, obwohl sich das, wie Studien belegen, nur die wenigsten Menschen leisten können.



[Drucksache 17/1438](#)

PLANUNGSSICHERHEIT BEI DER SCHULSOZIALARBEIT SCHAFFEN



Aus verschiedenen Kommunen wird berichtet, dass sich die Träger nicht in der Lage sehen, die Beschäftigungsverhältnisse mit Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern über den Sommer 2018 hinaus zu verlängern. Die Landesregierung hat es versäumt, Klarheit darüber zu schaffen, wie die Mittel für eine Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit abgerufen werden können. Wenn die Landesregierung nicht bald handelt, droht der Verlust vieler hunderter Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter. Die Mitte-Rechts-Regierung muss unverzüglich dafür sorgen, dass die Fördermodalitäten der Schulsozialarbeit geklärt werden, damit an den Schulen keine chaotischen Zustände entstehen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat vor dem Hintergrund der Bedeutung des Themas einen Antrag in der letzten Plenarwoche gestellt.

[Drucksache 17/2757](#)

PARLAMENTARISCHER UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS: ES GEHT UM DIE GLAUBWÜRDIGKEIT DES MINISTERPRÄSIDENTEN

Am 15. März 2018 soll es einen angeblichen Hacker-Angriff auf den privaten Haushalt und den technisch damit verbundenen landwirtschaftlichen Betrieb des Ehemanns der damaligen Ministerin Schulze Föcking in Steinfurt gegeben haben. Diesen Eindruck vermittelten zumindest der Ministerpräsident und die Staatskanzlei am 16. März 2018 den Menschen in ihren Statements. Tatsächlich gab es allerdings keinen Hacker-Angriff, sondern nur einen Bedienfehler bei einem Tablet-PC durch einen Familienangehörigen. Wochenlang wurden Parlament und Öffentlichkeit in dem Glauben gelassen, dass es den Hacker-Angriff tatsächlich gegeben habe. Die Fraktionen von SPD und Grünen haben deshalb die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragt. Der Untersuchungsausschuss soll untersuchen, ob die Regierung Laschet im Fall des Hacker-Angriffs Parlament und Öffentlichkeit getäuscht hat. Im Fall der Auflösung der Stabsstelle Umweltkriminalität soll auch die Frage geklärt werden, ob die Landesregierung mit ihrer Informationspolitik davon abzulenken versuchte, dass sie die Verbrechensbekämpfung in diesem Bereich geschwächt hat.



[Drucksache 17/2753](#)

DRANBLEIBEN BEI VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF



Wo der Schuh bei Vereinbarkeit von Familie und Beruf - insbesondere im Bereich der Pflegeberufe - noch drückt, diskutierte der Dülmener Landtagsabgeordnete André Stinka mit Diana Kurilla vom maxQ Fachseminar für Altenpflege und Volker Nicolai-Koß vom DGB. Wie sich bei der Diskussionsveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen zeigte, gibt es immer noch viele Hürden zu meistern, um Privat- und Berufsleben unter einen Hut zu bringen.

„Probleme und Chancen liegen sehr nah beieinander. Eine bessere Vereinbarkeit bietet unheimliche Potenziale für die Lebensqualität der Pflegerinnen und Pfleger und wirkt so auch dem Fachkräftemangel in Dülmen entgegen“, betont der Landtagsabgeordnete André Stinka. Besonders sieht Stinka den Kurs der SPD in Bund und Land bestätigt: „Es ist in der Diskussion ganz deutlich geworden, welche Maßnahmen konkrete Verbesserungen im Alltag gebracht haben: Der Ausbau von Kitas und offenen Ganztagschulen sowie mehr Pflege-Personal. Die SPD hat das auf allen Ebenen durchgesetzt und wir kämpfen weiter für Verbesserungen. Beispielsweise haben wir das Rückkehrrecht von Teilzeitkräften in einen Vollzeitjob gegen die CDU durchgesetzt.“

Trotzdem sei beim Thema Vereinbarkeit von Pflegeberuf und Familie immer noch jede Menge Luft nach oben, meint Stinka: „Das größte Problem in der Pflege ist sicherlich der Personalmangel. Wenn bei der Arbeit alles auf Kante genäht ist, leidet darunter auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es müssen unbedingt mehr Pflegekräfte ausgebildet werden und die Arbeitsbedingungen müssen besser werden. Dafür können auch Tarifverträge sorgen“, beschreibt der Landtagsabgeordnete die spezifischen Probleme. Allerdings sind die Bedarfe in vielerlei Hinsicht in der Pflege auch ganz ähnlich wie anderswo: „Generell sollte für alle Altersstufen eine gute Betreuung gewährleistet sein. Möglichst kostenfrei, unbedingt hochqualitativ und zeitlich flexibler als jetzt. Daran müssen wir verstärkt arbeiten und das müssen wir uns auch etwas kosten lassen“, fordert der Dülmener Abgeordnete.

ANDRÉ STINKA BESUCHT ANNA-KATHARINENSTIFT KARTHAUS

Der Dülmener Landtagsabgeordnete André Stinka besuchte das Anna-Katharinenstift Karthaus und informierte sich vor Ort über die Arbeit, die Herausforderungen und die Möglichkeiten, die das Stift bietet.

Wohnformen gibt es mittlerweile viele: Sie sind so vielfältig wie noch nie. Das zeigt sich auch im Anna-Katharinenstift. Betreute Wohngruppe, Einzelapartments, Paarwohnungen, Wohngemeinschaften und auch Plätze für die Kurzzeitpflege werden im Anna-Katharinenstift angeboten. Im Anna-Katharinenstift wird ein Lebensumfeld für Menschen mit Behinderungen geschaffen, in dem sich jeder Einzelne entsprechend seiner Bedürfnisse und Vorlieben wohlfühlen soll. Dabei ist das Spektrum an Möglichkeiten neben den Wohnformen auch im Bereich der Arbeit sowie der Gestaltung der Freizeit groß. André Stinka weiß um die Bedeutung des Anna-Katharinenstifts: „Man kann gar nicht oft genug betonen, wie wichtig solche Angebote sind. Ich finde es großartig, dass man es hier im Stift und in den Werkstätten schafft, besondere Menschen durch individuelle Unterstützung und Förderung in unsere Gesellschaft zu integrieren. Dabei wird Wert darauf gelegt, dass jeder nach seinen individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen arbeiten und wohnen kann sowie im Alltag begleitet wird. Immer mit Blick darauf, dass jedem Einzelnen ein Höchstmaß an Eigenständigkeit und Eigenverantwortung ermöglicht wird. Die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Ehrenamtlichen verdient großen Respekt und Anerkennung.“ Das Stift sowie die Werkstätten plagen leider auch ganz ähnliche Probleme wie viele Mittelständler in Dülmen: „Es gibt offenbar gravierende Probleme, bezahlbaren Wohnraum für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Auch der öffentliche Nahverkehr ist unzureichend ausgebaut. In der Folge kämpft man mit dem Fachkräftemangel“, berichtet der Landtagsabgeordnete aus den gemeinsamen Gesprächen. „Es wird vor Ort schon vieles versucht, zum Beispiel die Verbesserung von Arbeitszeitmodellen. Die öffentliche Hand muss allerdings mitziehen und dringend mehr in die Infrastruktur investieren“, fordert Stinka. Auch zum Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung wurden Stinka Fragen mit auf den Weg gegeben. „Ich werde nachhaken und mich schon bald wieder in Karthaus melden“, verspricht der Dülmener Landtagsabgeordnete die Fragen zu beantworten.



SPD IN NORDKIRCHEN SUCHT ZUM TAG DER UMWELT BIENEN- UND INSEKTENRETTER: STINKA ZU GAST AN DER SPRECH-BAR

Die SPD in Nordkirchen hat auf den „Internationalen Tag der Umwelt“ am 5. Juni aufmerksam gemacht. An ihrer Sprech-BAR verteilten die Mitglieder gemeinsam mit dem örtlichen SPD-Landtagsabgeordneten André Stinka Informationsmaterial und Samenmischungen bienen- und insektenfreundlicher Sorten. Stinka, dem als Sprecher im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz im Landtag, dieses Thema besonders am Herzen liegt, freute sich sehr über die Aktion des Ortsvereins. „Der Verlust der heimischen Tier- und Pflanzenwelt muss gestoppt werden! Deshalb setzt sich die SPD im Landtag von Nordrhein-Westfalen dafür ein, dass weniger Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden und stärker zu den Ursachen des Bienen- und Insektensterbens geforscht wird. Zudem muss die ökologische Landwirtschaft ausgebaut und der Flächenverbrauch gesenkt werden“, so Stinka. Der stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende Carsten Sprung erklärt, warum die SPD in Nordkirchen auf den „Internationalen Tag der Umwelt“ aufmerksam machen möchte: „In den Diskussionen im Alltag geht es oft um die Zukunft und was wir den Kindern hinterlassen. Leider geht es dann viel zu selten darum, wie ernst es um unsere Erde wirklich steht und wie skrupellos wir Menschen zum Teil mit ihr umgehen. Das ist vielen trotz des Insektensterbens oder Dieselskandals nicht bewusst! Dabei kann jeder etwas beitragen, und darauf wollen wir hinweisen!“ Stinka und Sprung zogen eine sehr positive Bilanz zur Sprech-BAR: „Bestimmt haben wir heute einige neue Bienen- und Insektenretter gefunden. Und je mehr Nahrung und Lebensraum wir den Tieren bieten, desto besser.“



ALTERNATIVE ZUR GESPERRTEN LIPPEBRÜCKE AHSEN

Viele Bürgerinnen und Bürger sind besorgt über die dauerhafte Sperrung der Lippebrücke Ahsen. Der hiesige Landtagsabgeordnete André Stinka (SPD) und der Ortsverein der SPD in Olfen setzen sich seit geraumer Zeit für eine Verbesserung der Verkehrssituation an der Lippebrücke ein. „Es ist selbstverständlich, dass die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer an erster Stelle steht, aber wir brauchen insbesondere für die Fußgänger und Radfahrer, die die Lippe an dieser Stellen queren möchten, unbedingt zeitnah eine adäquate Alternative. Die Ausweichrouten sind meines Erachtens unzumutbar“, erklärt der Landtagsabgeordnete André Stinka.

Daher hat sich Stinka nun an die Regierungspräsidentin gewandt, mit der Bitte um Mithilfe bei der Findung einer Lösung. Stinka und auch die örtliche SPD sind optimistisch, dass man gemeinsam einen Weg finden wird, der für die von der Sperrung Betroffenen akzeptabel ist. Sicher ist, die SPD in Olfen und auch Stinka werden sich auch weiter dafür einsetzen, dass Maßnahmen getroffen werden, um die Situation zu verbessern.

MUSTERFESTSTELLUNGSKLAGE IN BERLIN BESCHLOSSEN: MEILENSTEIN FÜR DEN VERBRAUCHERSCHUTZ

Große Konzerne erscheinen Einzelpersonen vor Gericht allzu oft als ein übermächtiger Gegner, gegen den man keine Chance zu haben scheint. Das wird sich nun endlich ändern: Der Deutsche Bundestag hat die Musterfeststellungsklage beschlossen. Mit der Musterfeststellungsklage – „Eine-für-Alle-Klage“ – soll den Menschen ein Instrument an die Hand gegeben werden, um ihre Forderungen gegenüber großen Konzernen, die oft auch international agieren, schneller und einfacher geltend machen zu können. Deshalb sollen Verbraucherverbände in ihrem Namen gerichtlich tätig werden können. Die Teilnahme am Musterverfahren ist für die Verbraucherinnen und Verbraucher kostenlos.

Der Dülmener Landtagsabgeordnete und Sprecher der SPD-Landtagsfraktion im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz André Stinka freut sich über die Entscheidung in Berlin: „Wer Recht hat, soll Recht bekommen. Wir als SPD haben lange für die Einführung der Musterfeststellungsklage gekämpft. Es ist ein Meilenstein für den Verbraucherschutz und wir stärken damit auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in einen effektiven Rechtsstaat. Das Gesetz muss nun zügig umgesetzt werden, damit insbesondere die Betroffenen des VW-Dieselskandals noch rechtzeitig vor der eintretenden Verjährung von der Klagemöglichkeit Gebrauch machen können.“

WEITERE INFORMATIONEN

V.i.S.d.P. André Stinka MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf